

Kontrovers

Heinrich Potthoff

Die Welten zwischen Brandt und Bahr

Hat die SPD den Zug zur Einheit verpasst?

Als Kohl fast am Ende seiner Kanzlerschaft war, nutzte er die historisch einmalige Chance zur Deutschen Einheit. Währenddessen schien die Sozialdemokratie auf dem falschen Fuß erwischt worden zu sein. Der Historiker Heinrich Potthoff erläutert die Gründe.

Die friedliche Revolution in der DDR, der Fall der Mauer und die deutsche Vereinigung sind Geschichte. Für die deutsche Sozialdemokratie war dies eine schwierige, zwiespältige Zeit. Im Frühjahr 1989 schienen die Tage von Helmut Kohl als Kanzler gezählt. Die Partei Hans-Jochen Vogels sah sich im Aufwind. Doch mit der Wende in der DDR und dem Fall der Mauer kippte die Stimmung. Im Zuge des überraschenden Umbruchs im Osten geriet die SPD ins Hintertreffen. Kohl nutzte instinktsicher die Gunst der Stunde und stieg zum fast unantastbaren »Einigungskanzler« auf. War diese Trendwende unter den politischen Gegebenheiten fast zwangsläufig? Oder haben die Sozialdemokraten damals auch mögliche Chancen verpasst? Und wenn, warum, aus welchen Gründen? Das ist nicht nur eine rein historische Frage. Sie betrifft vielmehr generell das Agieren von Parteien in schwierigen Umbruchsituationen.

Die Jahre 1989/90 markieren eine Zäsur, für Deutschland, Europa und die Welt. Die Epoche der Blockkonfrontation

ging zu Ende. Über Jahrzehnte hatte der von der atomaren Auslöschungskapazität erzwungene *Status quo* das Denken und Handeln der Politik in West und Ost geprägt. Wie ein Menetekel standen der 17. Juni 1953, die blutige Unterdrückung des ungarischen Volksaufstandes von 1956, die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 und der Jaruzelski-Coup von 1981 an der Wand. Das hatte zur Folge, dass viele aus Angst vor neuen Rückschlägen Stabilität überakzentuierten und sie nicht mehr nur auf äußere Stabilität bezogen, sondern sie auch auf eine innere Stabilität der kommunistischen Welt ausdehnten. Doch mit dem friedlichen Wandel im östlichen Europa gerieten diese Prämissen ins Wanken. Die Entwicklungen in dieser Umbruchperiode verliefen ganz anders, als sich das manche Architekten und Bauherren des »Wandels durch Annäherung« gedacht hatten.

Als Feuerwerksraketen und Glocken das neue Jahr 1989 verkündeten, dachte wohl kaum jemand daran, dass im November die Mauer, dieses brutale, inhu-

mane Monument der Teilung, fallen würde. Doch schon im Frühjahr 1989 mehrten sich die Anzeichen, dass im Osten etwas in Bewegung kam. Polen und Ungarn schlugen den Weg demokratischer Reformen ein und in der DDR trauten sich Bürgerrechtler und Dissidenten, dem SED-Regime bei den Kommunalwahlen am 7. Mai kontrollierend auf die Finger zu schauen. Die Fluchtwellen aus der DDR, diese »Abstimmung mit den Füßen«, war der Vorbote zur friedlichen Revolution. Aber die verblendete Riege der SED-Gerontokraten verkannte völlig die Zeichen der Zeit.

Erstarrt im Stabilitätsdenken

Doch auch im Westen fehlte es an Gespür für den sich anbahnenden grundlegenden Wandel. Die Bonner Politik, Regierung und Opposition eingeschlossen, blieb ihrem Stabilitätsparadigma verhaftet. Sie basierte auf der Prämisse, dass ein Wandel im Kern nur durch die Staatenlenker möglich sei und äußere wie innere Stabilität dafür unabdingbar seien. Nur keine »Destabilisierung« war bis zum Mauerfall auch die Maxime des Regierungshandelns von Helmut Kohl. Nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung, wenn überhaupt, schien es möglich, dass die Deutschen vielleicht irgendwann ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben könnten. Die meisten Westdeutschen hatten sich längst wohnlich in der Bundesrepublik eingerichtet. Viele pflegten eine postnationale Identität, für die *Nation und Deutschland* eher wie Fremdwörter klangen.

Die friedliche Revolution in der DDR wie der Fall der Mauer kam für die allermeisten völlig überraschend, auch für die Politiker im Westen. Sie hatten sich daran gewöhnt, auf der Basis des *Status quo* und der Anerkennung der Realitäten mit den Herrschenden im Osten wie von gleich zu gleich zu verhandeln. Das galt für die Kohl-Regierung ebenso wie für die SPD-Opposition mit ihren dichten Kontakten zur SED-Staatspartei. Die Bürger als han-

delndes Subjekt gerieten dabei weitgehend, sieht man von ganz wenigen im Westen ab, aus dem Visier. Doch es waren gerade die einfachen Bürger, die in dieser Umbruchperiode die Dinge vorantrieben. Für eine kurze Zeit bestimmte das Volk weitgehend das Gesetz des Handelns und riss wie ein reißender Strom die Politiker mit. Für die tonangebenden Politiker, damals und jetzt, passt dies nur schwer ins gewohnte Bild. Sie haben, von Willy Brandt bis zu Helmut Kohl, von Michail Gorbatschow bis zu George Bush sen. ihre Verdienste. Im Kern aber verdanken wir Freiheit und Einheit den Menschen, die den Mut hatten, den Gang des mutigen Bürgers zu proben.

»Wir saßen«, so Wolfgang Schäuble, der wie Egon Bahr gern auf verdeckten Kanälen operierte, »wie Kinder vor dem Weihnachtsbaum und haben uns die Augen gerieben« (*Karl-Rudolf Korte*). Doch solche selbstkritischen Worte und Bekenntnisse finden sich bei der Union eher selten. Sie pflegt lieber Legenden und sonnt sich in Selbstbeweihräucherungen. Helmut Kohl, der mit Geschick, Umsicht und Glück die Gunst der Stunde ergriff, wurde zum großen vorausschauenden Kanzler der Einheit stilisiert. Ein von seiner Regierung großzügig gefördertes historisches Mammutwerk sollte seine Verdienste dokumentieren und in den Köpfen der Bürger zementieren. Wesentlich härter gingen Publizistik und Wissenschaft zumeist mit der SPD um. Die Spannweite reichte dabei von denunziatorischen Vorwürfen bis zur durchaus kritischen Betrachtung bei Konrad Jarausch, Heinrich August Winkler und in der *Kleinen Geschichte der SPD*.

SPD nicht auf der Höhe der Zeit

Uneinig in die Einheit lautet der Titel des Buches von Daniel Friedrich Sturm über »die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90«. Zwar konnte der Autor die Partei-Akten wegen der

Sperrfrist nicht benutzen, doch viele Sozialdemokraten, die damals eine Rolle spielten, gewährten Einblick in ihre Bestände, d.h. auch in einschlägige Akten der Partei, und standen zu Gesprächen zur Verfügung. Neben den Fakten geht es natürlich auch um die Vermittlung der eigenen Sicht. Dass im Ergebnis dann Darstellung, Gewichtung und Bewertung durch den Autor variieren, kann nicht überraschen. Bei einigen Protagonisten der damaligen SPD überwiegt der kritische *Duktus*, so etwa bei Egon Bahr, Walter Momper, Oskar Lafontaine u.a., bei Hans-Jochen Vogel mischen sich Respekt und Kritik, und bei Erhard Eppler wie Johannes Rau überwiegt die positive Würdigung. Willy Brandt, der »in jener Phase ein Segen für die SPD« gewesen sei, zollt der Autor höchste Anerkennung für sein Gespür und seine Leistungen.

Der Titel des Werks trifft den Punkt. Detailliert, nuanciert und mit vielen Belegen untermauert, beschreibt Sturm die unterschiedlichen Positionen in der SPD zum Umbruch in der DDR und zum Drang nach »Deutschland, einig Vaterland«, die großen Verdienste und Probleme der jungen Ost-SPD und die schwierigen Anpassungsprozesse im Zuge der Gestaltung der Einheit. Gewiss lässt sich über einige Formulierungen streiten; gelegentlich sind sie überzogen und decken sich auch nicht ganz mit den Fakten. Insofern hat Hans-Jochen Vogel mit einigen Einwänden zweifellos recht. Auch die spitze journalistische Feder ist nicht unbedingt jedermanns Stil. Außerdem lief die Entwicklung so zwangsläufig und eindeutig nicht auf die friedliche Revolution und die deutsche Einigung zu, wie es streckenweise bei dem Autor scheint. Die blutige Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung auf dem Tiananmen-Platz in Peking vom 4. Juni 1989 war ein Warnsignal; manche Ängste und Unsicherheiten über einen verheerenden gewalttätigen Rückschlag schienen verständlich.

Dies kommt bei dem 1973 geborenen Politikwissenschaftler und WELT-Redakteur Sturm zu kurz. Doch im Kern handelt es sich um eine facettenreiche, sorgfältig dokumentierte und durchaus abgewogene Darstellung.

Dass die SPD in dieser schwierigen Umbruchphase »trotz eines Willy Brandt als Ganze nicht wirklich auf der Höhe der Zeit« war, sie zwiespältig agierte und »den Zug zur Einheit« verpasste, wurde allerdings schon von einer Reihe von Historikern und Politikwissenschaftlern konstatiert, die sich mit dieser Epoche auseinander gesetzt haben. Dabei wurden auch eine Reihe von Faktoren benannt, die dieses zögerliche, unsichere Agieren bedingten. Ein gewichtiges Moment spielte das postnationale Selbstwertgefühl der sogenannten Enkelgeneration. Dazu kamen bei Einigen ein schleichender Verlust an kritischer Distanz zum sogenannten »realsozialistischen« System im Osten sowie eine eher abgelöste Kommunikation der politischen Klassen aus West und Ost. Stark ausgeprägt war vor allem eine ziemlich einseitige Fixierung auf Staaten und die herrschenden Staatenlenker, wobei Bürger und Gesellschaft zu sehr aus dem Blickfeld verschwanden. Der Etatismus hat in Deutschland eine lange Tradition. Seine besondere Ausprägung im Verhältnis von Ost und West aber erhielt er durch die sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik der 60er und 70er Jahre.

Die Friedens- und Verständigungspolitik galt seit der Kanzlerschaft Willy Brandts als eines der Markenzeichen der SPD. Mit ihr wurden entscheidende Schritte zur Entschärfung der Konfrontation zwischen Ost und West getan. Trotz aller macht- und systempolitischen Gegensätze erwuchs daraus ein verändertes Klima, in dem ein gewisses Maß an Vertrauen gedeihen konnte. Die deutsche Teilung etwas weniger schroff zu gestalten, war aus humanen Gründen und zur Bewahrung eines Restes von nationalem Miteinander

das Gebot der Stunde, nachdem die von Adenauer bevorzugte Abschottungspolitik in die Sackgasse geraten war. Diese neue Deutschlandpolitik war, obwohl gerade für die Menschen im geteilten Land gedacht, zwangs- und systembedingt gouvernemental-etatistisch angelegt. Unter den Bedingungen der globalen Zerstörungspotenziale und der Blockkonfrontation richtete sich der Blick auf die Mächtigen. Das Konzept zeitigte unbestreitbar große Erfolge. Doch dieses Agieren in eingefahrenen Gleisen entsprach in der Umbruchperiode von 1989/90 nicht mehr den Anforderungen der Zeit.

Mit der anstehenden, zusehends drängender werdenden Kurskorrektur hatte die SPD ihre Probleme. Egon Bahr blieb seinem früheren Erfolgsmodell verhaftet und setzte weiter ziemlich unbeirrt auf Dialog mit den Staaten, auf Stabilität und gemeinsame Sicherheit. Mit seinem Renommee als »Architekt« der neuen Ostpolitik übte er einen prägenden Einfluss aus. Für das Profil einer Partei ist es jedoch nicht ohne Probleme, wenn einem Experten, und sei er noch so angesehen, weitgehend die Deutungshoheit überlassen wird. Es fehlt dann an einem wirklichen Korrektiv zu möglichen Fehleinschätzungen und Holzwegen. Der von den »Enkeln« geprägte *mainstream* der Partei hatte mit der deutschen Einheit ohnedies wenig im Sinn. Sie wandten sich gegen vorgeblich drohende deutschnationale Gefahren und sperrten sich gegen einen Kurswechsel der Partei, wie ihn etwa Erhard Eppler, Norbert Gansel und auch Johannes Rau anmahnten.

Es ist ein Verdienst von Daniel Friedrich Sturm, dass er der Versuchung widerstanden hat, die unterschiedliche Positionen an ideologischen Deutungsmustern wie »links« oder »rechts« fest zu machen. Es gab nämlich auch Linke, wie etwa Freimut Duve, Norbert Gansel, Gert Weisskirchen oder Ehrhart Körting in Berlin, die den Einheitsbestrebungen positiv ge-

genüberstanden. Für sie ging es dabei vorrangig um Menschenrechte und Demokratie, weniger um die Nation. Andere, wie etwa Heidemarie Wiczorek-Zeul, die Juso-Vorsitzende Susi Möbbeck und der Alt-Linke Harry Ristock agierten mit ideologischen Scheuklappen. Ihnen fehlte das Gespür für die Sehnsucht der Menschen und das wirkliche Innenleben der DDR. Wer nicht nur mit der Funktionärskaste der SED verkehrte, sondern wie Erhard Eppler und Johannes Rau über die Kirchenschiene auch Kontakte zu Dissidenten und einfachen Bürgern pflegte, registrierte empfindsamer, was sich tat und wie die Stimmung in Richtung deutsche Einheit wies. So notierte Johannes Rau nach einem DDR-Besuch schon im Präsidium am 13. November 1989: »Bei den Menschen auf der Straße gebe es geradezu eine Wiedervereinigungseuphorie«.

Kanzlerkandidat im Bremserhäuschen

Mit seinem instinktsicheren politischen Gespür erkannte Willy Brandt die Zeichen der Zeit. Auch wenn sich Egon Bahr gerne als das *alter ego* von Willy Brandt ausgibt; sie beide trennte in dieser kritischen Umbruchphase Welten. Wie Bahr hatte auch er sich auf die Realitäten eingestellt und in den letzten Jahren nicht mehr an eine Wiedervereinigung geglaubt. Doch er schloss sie für eine fernere Zukunft auch nie aus. Nun sah er die Chance, die unnatürliche Teilung Deutschlands und Europas zu überwinden. Er wirkte wie neugeboren und offenbarte sein patriotisches Herz. Mit seinem »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört«, seinen Auftritten in der DDR, seinem Einsatz für die SDP, seinem Bekenntnis zur deutschen Nation und seinem klaren Votum für die baldige Verwirklichung der Einheit personifizierte er das Gebot der Stunde.

Doch gerade auf dem Berliner Parteitag vom Dezember 1989 war deutlich geworden, in welchem Zwiespalt die Partei steckte. Lafontaine und seine Anhänger

verweigerten sich dem von Brandt symbolisierten eindeutigen *Ja* zur deutschen Einheit. Hartnäckig und unbeirrt setzte der Saarländer als Kanzlerkandidat der SPD darauf, mit den Themen Ökologie, Sozialem und Internationalismus zu punkten. Mit seinem Taktieren, das ihn als Bremsen beim Einigungsprozess erscheinen ließ, setzte er die Partei unter Druck und führte sie, wie etwa bei der Währungsunion, auf einen Schlingerkurs, der gerade bei den Menschen im Osten schlecht ankam. In der Phase des Umbruchs und der deutschen Vereinigung war die Sozialdemokratie tief gespalten. Sie glich eher einer Partei mit zwei Gesichtern.

Die undankbarste Rolle fiel in dieser Zeit Hans-Jochen Vogel zu. Er bewies durchaus Weitsicht und Verantwortungsbewusstsein, förderte und stützte die Ost-Sozialdemokratie und bemühte sich für die SPD um eine konstruktive Mitgestaltung des Einigungsprozesses. Als Parteivorsitzender suchte er fast bis zur Selbstaufgabe zu vermitteln und Brüche zu verhindern. Doch die tiefen Risse waren so nicht zu kitten, nicht auf dem Berliner Parteitag vom Dezember 1989 und auch nicht im Vereinigungsjahr 1990. Bei den ersten gemeinsamen Bundestagswahlen erlitt die SPD am 2. Dezember 1990 eine schwere Niederlage. »Lafontaine«, hatte Alt-Kanzler Helmut Schmidt prophezeit, »wird die Wahl verlieren und das verdient er auch«. Willy Brandt wandte sich entschuldigend an seinem Enkel »Oskar« ab und verweigerte ihm bei der Einigungsfeier am 3. Oktober 1990 sogar den Handschlag.

Den Umbruch in östlichen Europa, die friedliche Wende in der DDR und die deutsche Vereinigung hat die Linke in Deutschland in ihrer Mehrheit eher verschlafen. Willy Brandt hatte gewiss das richtige Gespür für die unerwartete große Chance. Sein »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört« wurde zum geflügelten Wort. Und auch die junge Ost-SPD hatte

ihre großen Verdienste, was Sturm zu recht hervorhebt. Doch aufs Ganze gesehen wurde die Sozialdemokratie von dem Drang nach der Einheit eher überrollt. Helmut Kohl nutzte die Gunst der Stunde, um die Einigung voranzutreiben. Das ist seine historische Leistung. Allerdings war auch er nicht nur der strahlende Held. So wie sich Sturm kritisch und differenziert mit der SPD auseinandergesetzt hat, sollten auch die Widersprüche der Kohl-Regierung in der Phase des Umbruchs und der deutschen Vereinigung stärker unter die kritische Lupe genommen werden.

Am 29. November 1989 beschwor Johannes Rau in der Präsidiumssitzung seine Partei, »wenn die SPD den Zug zur Einheit verpasse, verpasse sie auf lange Jahre die Chance, Wahlen zu gewinnen und wieder in Regierungsverantwortung zu gelangen«. Mit seiner warnenden Prophezeiung behielt er recht. Es dauerte noch neun Jahre, bis die SPD 1998 mit Gerhard Schröder wieder den Bundeskanzler stellte. Im Dezember 1989 beriet die SPD auf ihrem Parteitag in Berlin ausgiebig über ihr neues Programm. Doch zur gleichen Zeit nutzte Kohl bei seinem Besuch in Dresden die Gunst der Stunde, um vor der Ruine der Frauenkirche, umringt von einem Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen, die diffusen Einigungshoffnungen auf seine Person zu fokussieren. Gerade in einer schwierigen Umbruchzeit geht es nur bedingt um Programme, sondern um die Schaffung von Realitäten. Und wahrscheinlich messen die Bürger auch heute eine Partei weniger an programmatischen Aussagen, sondern an ihrer Glaubwürdigkeit bei der konkreten Gestaltung von Politik.



Heinrich Potthoff (*1938) war Stellvertretender Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD. Er lebt als freier Publizist in Königswinter.